



Häuser der Vonovia in Schmagendorf: Die Sanierung hatte schon begonnen ...

MIETERPROTEST SCHMARGENDORF

„Volksverdämmung“: Vonovia die Grenzen aufgezeigt

Hemmungsloser Griff in die Taschen der Mieter gestoppt – Misstrauen bleibt

Neue Fenster, Modernisierung der Bäder und neue Dämmung sollten es sein: „Damit Sie sich auch in Zukunft wohlfühlen, werden wir in den kommenden Monaten viel tun“ hieß es im Schreiben der Vonovia an ihre Mieter in der Orber Straße im Frühjahr 2015. Könnte man sich ja drüber freuen ...

Aber: 11% der Millionen-Investitionen der privaten Immobilien-Gesellschaft dürfen laut Gesetz auf die Mieten umgelegt werden. Damit drohten drastische Mieterhöhungen in z.T. dreistelliger Höhe. Zunächst standen + 3,41 Euro pro m² (!!) im Raum. Scheinheilig rechnete die Gesellschaft die vermeintlichen Heizkostensparnisse in Folge neuer Dämmung dagegen, die

allerdings nur einen Bruchteil dieser Mieterhöhungen auffangen könnten und deren Seriosität bezweifelt wird.

Wer soll das bezahlen?

Nun wohnen in den Häusern in der Orber-, der Salzbrunner und der Chalottenbrunner Straße, in denen Vonovia 194 Wohnungen aus den 30iger Jahren gehören, keine reichen Leute. Dort haben z.B. viele Rentner und Rentnerinnen z.T. schon seit Jahrzehnten ihr Zuhause und können solche Mieterhöhungen schlicht nicht bezahlen. Was kümmert's das inzwischen DAX-notierte Unternehmen? Der Profit muss stimmen. Die Vonovia arbeitet ja nicht fürs Gemeinwohl – die Aktionäre und Finanzinvestoren wol-

len Kohle sehen – pardon: Die Kapital-Rendite muss stimmen. Die Gesellschaft ließ ihrer Ankündigung schnell Taten folgen: Mit der Dämmung wurde größtenteils ohne Zustimmung der betroffenen Mieter begonnen. Die konnten nur per Gericht etliche Baustopps erwirken.

Massiver Mieterprotest

Der Protest der Bewohner formierte sich sehr schnell – im Untergrund: Im Keller nämlich trafen sich die Betroffenen regelmäßig, um sich gegen die Gesellschaft zu wehren. Immerhin: Nach heftigen Protesten in alle Richtungen änderte Vonovia seinen Kurs und seine Pläne. Unter Beteiligung und Moderation sozialdemokratischer



Nebenan ist die Gentrifizierung schon in vollem Gange

Politiker aus dem Bezirk („als Privatpersonen“) ruderte das Riesen-Unternehmen zurück: Gekappte Mieterhöhungen, fünf Jahre keine „Mietanpassungen“, 15 Jahre keine Umwandlung in Eigentumswohnungen, Modernisierung der Bäder nur bei Zustimmung des Mieters, Berücksichtigung von Härtefällen und noch so manches mehr bietet Vonovia nun seinen Mietern an. In schriftlichen Zusatzvereinbarungen, wenn man den individuell abzusprechenden Modernisierungen zustimmt. Plötzlich haben die smarten Herren Kreide gefressen und moderieren mit vielen schönen Worten in sogenannten „Dialogen mit den Mietern“ die neuen „Friedensangebote“. Zuletzt am 12.4. dieses Jahres.

Eine peinliche Panne

Kleiner Zwischenfall: Zur großen Freude aller Beteiligten flatterten Anfang des Jahres 2016 Bewohnern Mieterhöhung-Schreiben ins Haus. Peinlich, peinlich: Viel instinktloser kann man in solch einer Situation wohl kaum vorgehen. Einen besseren Eindruck vom inneren Zustand seiner Verwaltung konnte das Unternehmen kaum geben. Die Mieterhöhungen mussten zurückgenommen werden.

Nun wird man sehen, wie's weitergeht. Abzuwarten bleibt in jedem Einzelfall das konkrete schriftliche Angebot der Gesellschaft. Erst dann wird für jeden Mieter erkennbar sein, ob das alles Punkt für Punkt ernst gemeint ist. Die Mieter werden es genau verfolgen und misstrauisch bleiben. Und wenn's sein muss sich wehren. Sie wissen ja wie's geht und dass man Erfolg haben kann.

HEINZ BALZER

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

90 TOTE NACH US-BOMBENANGRIFF AUF UNIVERSITÄT MOSSUL!

Nichts davon gehört? Nicht wundern: Es stand davon weder etwas in unseren „Qualitätsmedien“ wie FAZ, Süddeutsche usw. noch sah und hörte man davon in den Nachrichtensendungen des Fernsehens. Nur die Junge Welt (31.3.16) berichtete (ausführlich), das ND sowie – aha – Russia today.

Diesmal kamen die US-Bomber bei Tag, bisher gab es solche Bombardements nur nachts. Ein Unterschied, der das Geschehen in die Nähe eines Kriegsverbrechens rückt, denn in der Uni geht die Arbeit auch unter IS Herrschaft tagsüber weiter und so waren auch hier die meisten Opfer Zivilisten.

Unsere Medien schweigen. Denn es sind Kriegsverbrechen unserer engsten Verbündeten im Kampf um „Freedom and Democracy“, denen unsere politischen Eliten unterwürfige Treue geschworen haben.

Können Sie sich vorstellen, was für ein medialer Aufstand hier ausgebrochen wäre, wenn das russische Bomben gewesen wären ??? Faire und objektive Berichterstattung? Morgen kommt der Weihnachtsmann.

(www.jungewelt.de ; „Archiv“ anklicken und unter Suche „universität mossul“ eingeben.)

IHRE REDAKTION

WER IST VONOVIA?

Ursprünglich als **Deutsche Annington** firmierend, kaufte das Unternehmen ab 2001 kontinuierlich große Wohnungsbestände hauptsächlich von anderen Immobilien-Firmen in ganz Deutschland auf. Seit 2005 ist es das größte deutsche Unternehmen dieser Art mit ca. 370.000 Wohnungen. Die Firma soll sich zu 90% in Aktien-Streubesitz befinden, nachdem sich ein Londoner Private-Equity Unternehmen als Großanteils-eigner 2014 zurückzog. Die feindliche Übernahme des Immobilien-Unternehmens „Deutsche Wohnen“ für 14 Mrd. € scheiterte im Feb. 2016. Von 2005 bis 2009 reduzierte die Firma die Anzahl ihrer Mitarbeiter*innen von 1889 auf 1097. Alle „Service-Center“ für Mieter vor Ort wurden 2009 geschlossen. Dafür gibt es nun *eine* zentrale Rufnummer bundesweit. „Der Deutschen Annington wurde vorgeworfen, aufgrund ihres ausgeprägten Gewinnstrebens berechnete Interessen der Mieter zu vernachlässigen. Annington wurde ... verschiedentlich von Mietervereinen eine mangelhafte Instandhaltung von Wohnungen vorgeworfen, was in einem Gutachten im Auftrag der Enquetekommission ‚Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW‘ bestätigt wurde. Die Nebenkostenabrechnungen ... wurden als nicht nachvollziehbar und intransparent kritisiert und vom Deutschen Mieterbund überprüft.“ (wikipedia) Das Unternehmen hat seit Herbst 2015 den Namen **VONOVIA**

H.B

Quelle: wikipedia „vonovia“ (mit weitere Nachweisen)
Eine Sendung des WDR zum Thema bei

you tube – die akte annington – wdr (Sendung vom 17.11.14)



Protest durch die Fensterscheibe

Neue Allianzen für Grüne Flächen

Das Drama um den breit unterstützten Bürgerentscheid zum Erhalt der Kolonie Oeynhausen (2014: 77% Ja), der von der Großen Koalition ausgehelt worden ist, hat zu neuen Allianzen politischen Handelns geführt: Die Bezirksverbände der Kleingärtner Charlottenburg und Wilmersdorf, die Bürgerinitiative Olivaer Platz, die Mieterinitiative Schlangenhader Straße, die Bürgerinitiative Cornelsenwiese, die Bürgerinitiative Henriettenplatz („Seesener Straße“) und die Bürgerinitiative Heilbronner Str./Halensee brachten gemeinsam ein neues Bürgerbegehren zum Grünflächenerhalt in unserem Bezirk auf den Weg. Dieses Bürgerbegehren kommt vor den Berliner Wahlen zur rechten Zeit – die rot-grüne „Koalition“ in der Bezirksverordnetenversammlung mag ihn als Quittung verstehen. Und auch die Parteien im Land Berlin, die sich im Stadtentwicklungsplan Wohnen bereits darauf verständigt haben, nach 2020 gut die Hälfte aller Kleingartenflächen allein in Wilmersdorf zu bebauen, sollten noch einmal nach Charlottenburg-Wilmersdorf schauen. Bevor es jedoch zu einem Bürgerentscheid kommt, ist es notwendig, in einem Begehren ca. 7.500 Unterschriften zu sammeln.

(Quelle: www.nadia-rouhani.de)

DIE LINKE FÜR KURSWECHSEL IN DER BERLINER MIETENPOLITIK

Mieten runter, Verdrängung stoppen!!

Für viele Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen wird es in Berlin immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Stadt ist zum Dorado für Immobilienspekulanten und Investoren geworden. Da andere Anlagereiche und Wirtschaftszweige nur noch eingeschränkte Gewinne versprechen, verlagert sich immer mehr Kapital in „Betongold“. Die Folge: Kieze werden aufgewertet, Wohnungen verkauft, Mieten erhöht und schließlich Alt-MieterInnen verdrängt.

Auf der anderen Seite sind Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung regulierbar: Das Land Berlin und die Bezirke besitzen viele Eingriffsmöglichkeiten: Öffentliche Wohnungsunternehmen, Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und städtebauliche Projekte sowie ordnungs- und planungsrechtliche Instrumente. Diese werden aber unzureichend zur Lösung sich zuspitzender sozialräumlicher Probleme

und nicht im Sinne der MieterInnen genutzt.

In Charlottenburg-Wilmersdorf zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Der Bezirk ist traditionell ein teures Pflaster und trotzdem steigen in Teilen (z.B. westliche Kantstraße) die Mieten sogar überdurchschnittlich. Das soziale Gefälle im Bezirk nimmt zu: Mieterinnen und Mieter mit kleinen und mittleren Einkommen werden aus der Innenstadt verdrängt. Auch in Kiezen, die an den Bezirk Spandau grenzen, wie Jungfernheide und Paul-Hertz-Siedlung, steigen die Mieten, obwohl der Senat diese im Monitoring Soziale Stadt als Problemgebiete ausweist.

Die Gesellschaft driftet weiter auseinander; die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

Die Wohnungspolitik in Berlin und im Bezirk braucht deshalb einen Kurswechsel. Dafür steht DIE LINKE.

M.B.



Grünfläche am Lietzensee: Gepflegt und erhalten auch dank nachbarschaftlichem Engagement

NACHBARSCHAFTSHAUS AM LIETZENSEE

LaGeSo Bescheid „gegen“ das Nachbarschaftshaus am Lietzensee rechtswidrig

Eine krachende Niederlage hat sich das LaGeSo im Prozess um die Zuschüsse 2015 für das Haus am Lietzensee eingefangen. Das Verwaltungsgericht hob den Ablehnungsbescheid auf und verdonnerte die Behörde, einen neuen zu erlassen, der in nachvollziehbarer Form darlegt, warum es für das Haus kein Geld mehr gibt. Stundenlang hatten die Mitarbeiter*innen des LaGeSo in der Verhandlung rumgeeiert, bis auch den Richter*innen dann endgültig klar war, dass der Bescheid rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht genügt. Ein neuer Bescheid ist beim Verein noch nicht angekommen. Wenn er denn

endlich kommt, dürfte die Entscheidung allerdings dieselbe bleiben: Kein Geld. Denn offenkundig geht es darum, die funktionierende und gut laufende Einrichtung kaputt zu machen. Wir berichteten.

Noch kein neuer Vertrag ab 1.7.

Trotz aller schönen Worte des Bezirksstadtrates Engelmann: Einen neuen Mietvertrag für den Trägerverein des Nachbarschaftshaus – der bisherige endet am 30.6.16 – gibt es noch nicht. Die Verhandlungen laufen. Die Lage für den Verein ist prekär: Seit Mitte 2015 muss er seine Arbeit selbst finan-

zieren. Gewissheit über seinen Status als Mieter des dem Bezirk gehörenden Gebäudes ist dringend vonnöten.

Zuschuss für 2016 abgelehnt

Eine kaltschnäuzige Abfuhr mit lapidarer Begründung holte sich der Verein auch für seinen Zuschussantrag 2016. Wenige Sätze und Verweise auf Bisheriges und der Hinweis: Es ist kein Geld mehr da. Deutlicher kann man kaum zum Ausdruck bringen, dass man eine Einrichtung kaputtsparen will. Der Verein hat Widerspruch eingelegt.

H.B.

Reechts Um! – Nicht mit uns

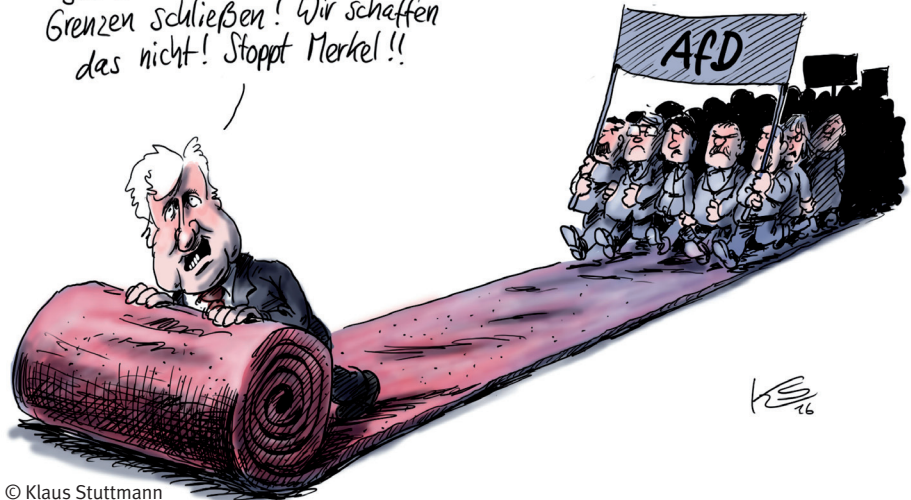
Die Nebelschwaden über den Wahlen im März, haben sich gelichtet. Herausgekommen sind insgesamt viele neue Plätze für die AfD in drei weiteren Landtagen und „weiter-so“-Koalitionen

Es war der Wähler Wille, darunter vieler Politikverdrossener. Die AfD klopft sich dafür auf die Schulter, sie an die Wahlurnen zurückgeholt zu haben: Sie habe dadurch mehr Demokratie und politische Mitwirkung erzeugt. Das ist nicht nur für Linke starker Tobak. Denn wer hat diese Politikverdrossenheit erzeugt? Wer hat Zweifel gesät an der Feststellung ‚Wir schaffen das!‘? (die anschließend mit Asylrechtsverschärfungen, Abschiebungen und Zuzugsverboten ad absurdum geführt wurde)

Angst und Unwissenheit

CDUCSU haben mitgeholfen, den Strom der Flüchtenden zu stoppen. Milliarden soll die Türkei dafür bekommen uns diese Menschen in Not vom Hals zu halten. Den in Deutschland verbliebenen Geflohenen in Notunterkünften drohen Ghettoisierung, Anschläge (222 im letzten Jahr) und endloses Warten auf eine Entscheidung im Asylverfahren. Die meisten Wähler wissen nichts davon – aber ihre Ängste bleiben. Es hat sich ja nichts getan. Ängste brauchen Zeit, um heranzureifen. Im Osten begann die Angst mit dem flächendeckenden Abriss der Industrie, mit prekärer Beschäftigung, beschämender Armut für sogenannte

Gegen Flüchtlingschaos!
Schluss mit der Willkommenskultur!
Grenzen schließen! Wir schaffen das nicht! Stoppt Merkel!!



© Klaus Stüttmann

Transferleistungsbezieher, mit Abwanderung der Bevölkerung. Die SPD hat nichts wirklich gegen restriktive Flüchtlingspolitik: Ihre politischen Aussagen bewegen sich auf dem Niveau: ‚Wir stützen die Kanzlerin gegen ihre Widersacher‘. Jetzt im Wahlkampf verspricht Gabriel diesem und jenem marginale Verbesserungen an der Rente. Durchschaubar wie ein Wasserglas, nutzlos wie ein Kropf und teuer wie ein Flughafen. Dass daraus Politikverdrossenheit erwächst, kein Wunder! Die AfD braucht nur noch abzusahnen.

CDUSPD – und GRÜNE

Und die Grünen triumphierten dort, wo ihr Kretzschmann in dasselbe Horn

stieß wie die Einheitspartei CDUSPD. Sein Gerede unterlegte Bundestagsfraktionschefin Göring-Eckhard mit salbadernden Worten für das menschliche Leid der Geflüchteten und aufmunternden Worten für die Helfer*innen. Gleichzeitig löste sich der Plan, die Geflüchteten in ganz Europa zu verteilen im Nichts auf. Eine EU, die nicht wettbewerbsfähige Länder an den Pranger stellt, die ‚mächtigste Frau der Welt‘ über sie den Richtstab schwingen lässt, erst die Schuldenfalle öffnet, dann zuschnappen lässt und die Banken mit einem Rettungsschirm dann ins Trockene holt – wer kann da glauben, dass auf diesem Gebilde Solidarität gedeiht? Über diese Zusammenhänge scheint sich der gemeine AfD-Wähler nicht zu informieren. Er weiß nichts davon.

Politikwechsel

Ängste, Protest, Desinformation haben schon einmal Hass, Vernichtung und Krieg über Deutschland gebracht – nach demokratischen Wahlen. Wir brauchen einen Politikwechsel – aber nicht den, den die AfD meint. Einen Politikwechsel, der demokratische Beteiligung stärkt und Ängste Schritt für Schritt abbaut, weil Perspektiven erkennbar sind und den Problemen mit Sachkenntnis begegnet und auf Beteiligung und Information aufbaut. Helft uns, einen solchen Wechsel möglich zu machen.

ECKHARD DIETZ

„DAS NEUE STADTTTEILZENTRUM IN DER NEHRINGSTASSE 8 – EIN SPD-FAMILIENBETRIEB?“

Zugegeben: Diese feine Formulierung stammt von Nadia Rouhanis (fraktionslose grüne Abgeordnete) Großer Anfrage zum Thema in der BVV. Es geht um die erstaunlich zügige Erschaffung eines Stadtteilzentrums des Divan e.V. in der Nehringstraße im letzten Jahr und die Einbeziehung des bisherigen Seniorenclubs im dortigen Kiez in dieses Zentrum. Mitbegründerin und -initiatorin des Divan e.V. ist Ülker Radziwil (SPD, MdA). Und ganz schnell wurden auch zwei bisherige Mitarbeiter*innen der Abgeordneten dort – offenbar ohne Ausschreibung – eingestellt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Alles deutet darauf hin, dass auch die „Abwicklung“ des Hauses am Lietzensee in Zusammenhang mit finanziellen Umschichtungen zugunsten des Divan-Stadtteilzentrums stehen. Wir berichteten darüber. Die SPD zeigt auch hier, dass sie kommunale Einrichtungen liebend gern als ihre „Pfründe“ ansieht. Da passt der Begriff „SPD-Familienbetrieb“ wie die Faust auf’s Auge.

Für das Haus am Lietzensee und seinen Trägerverein aber geht es um die Existenz.

H.B.

Weitere Informationen zu dem Thema auf der WebSite www.nadia-rouhani.de

AfD – Partei der Reichen

Die AfD versucht den Anschein zu erwecken, sie sei Anwalt der Benachteiligten und der kleinen Leute? Ein Blick auf die wirtschaftlichen Forderungen der Partei lässt keine Zweifel zu: Nein, das ist sie nicht. Sie vertritt die Reichen, jene, die sie Leistungsträger nennt.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry lehnt den Mindestlohn ab. Er sei neosozialistisch und ein Job-Killer, ein Ausfluss realitätsferner Sozialromantik, schimpfte Unternehmerin Petry. Geringqualifizierten und Beschäftigten in den klassischen Trinkgeld-Branchen drohe durch den Mindestlohn Arbeitslosigkeit und Armut.

Gegen Mindestlohn

Dass Niedriglohnbeschäftigte von ihrem Einkommen nicht leben können – dafür hatte die AfD-Unternehmerin eine Lösung: Lasst die Allgemeinheit zahlen! Die AfD ist für staatliche Lohnzuschüsse statt Mindestlohn, für den die Unternehmen aufkommen müssen. Die Realität hat Petry widerlegt. Jobs hat der Mindestlohn nicht gekostet. Im Gegenteil.

Besonders hilft er übrigens den Menschen in Ostdeutschland, wo die Bruttostundenlöhne um 3,6 (West: 1,7) Prozent zulegten. Warum findet die AfD im Osten bloß so viele Anhänger?

Die AfD findet einen Schutz der Beschäftigten vor Leiharbeit und Werkverträgen unnützlich: „Geltende Regelungen wie das Entsendegesetz reichen weitgehend aus.“ Von wegen! Noch immer nutzen Unternehmen billige Leiharbeiter und Werkverträge, um die Löhne ihrer Beschäftigten zu drücken. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) „sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet“. Steuerpolitisch orientiert sich die AfD nach eigener Aussage an dem Konzept von Paul Kirchhoff. Der hatte vor einigen Jahren einen dreistufigen Steuertarif vorgeschlagen: Der Spitzensteuersatz von 25 Prozent gilt ab einem Jahreseinkommen von 20.000 Euro. Das heißt: Wer 25.000 Euro verdient, zahlt 25 Prozent. Wer eine Million verdient auch. Das Steuermodell der AfD bevorzugt damit massiv die Reichen.

Erbschaftssteuer: Weg damit

Gleich ganz abschaffen will die AfD die Erbschaftssteuer, also die Steuer, die nur die Reichsten zahlen müssen. Denn bei ihnen konzentriert sich das große Geld: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen halten laut DGB knapp 70 Prozent des Vermögens, dem reichsten ein Prozent gehört mehr als ein Drittel. Klar, in solchen Kreisen wird viel vererbt. Immerhin mehr als 200 Milliarden

jährlich. Davon bleiben gerade einmal sechs Milliarden beim Fiskus hängen. DIE LINKE will, dass gerade Reiche mehr zahlen und so zum Beispiel bessere Bildung finanziert werden kann. Mit ihren Warnungen vor der Zuwanderung verschleiert die AfD ihre Vorhaben. Ihre Vorschläge helfen mitnichten den kleinen Leuten sondern nur den Reichen und Unternehmern. Dabei hat die CDU-CSU-SPD-FDP-Grün-Politik diese Gruppen in den letzten Jahren ohnehin schon durch Steuer- und Lohnsenkungen befördert, die Kapitaleinkommen sind allein seit dem Jahr 2000 drei Mal so stark gestiegen wie die Arbeitseinkommen. Nötig ist daher keine Abschaffung des Mindestlohns, sondern seine Erhöhung. Leiharbeit muss streng reguliert werden und die Reichen einen fairen Steueranteil beitragen. Das nutzt allen. Selbst neoliberale Vereine wie die OECD geben mittlerweile zu, dass wachsende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum beschädigt.



MICHAEL SCHLECHT, MdB,
wirtschaftspolitischer
Sprecher Fraktion DIE LINKE



AfD-Demo: Die Asyl-Debatte lenkt ab von den neoliberalen Rezepten

Zur Wohnsituation von Geflüchteten im Bezirk



Demonstrierende geflüchtete Menschen in Berlin

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ohne Zweifel ein in der Flüchtlingsfrage engagierter Bezirk. Das gilt vor allem für die zahlreichen Helfer/innen und Initiativen. An vielen Orten, auch in der Linken-Geschäftsstelle, wo regelmäßig Sprachkurse für Geflüchtete stattfinden, helfen Menschen selbstlos und selbstverständlich. Damit machen sie zumindest etwas wieder gut und kompensieren, was der Staat bisher nicht hinbekommt.

Aber das ist keine Lösung! Und es darf nicht verschwiegen werden, dass es auch im Bezirk rechte Facebook-Gruppen und Angriffe auf Einrichtungen gibt. Das Register Charlottenburg warnt vor einer Zunahme rechter Gewalt. In Einrichtungen gibt es Konflikte und die Spannung wird nicht kleiner.

14 Einrichtungen in Charlottenburg-Wilmersdorf

Im Bezirk sind (Stand März 2016) 5.450 Geflüchtete an 14 Standorten untergebracht, fast so viele wie beim Spitzenreiter Lichtenberg. Berlin weit waren im März 43.000 Plätze belegt. Es gibt zwei Aufnahmeeinrichtungen (Kaiserdamm und Lietzenburger Str.), vier Gemeinschaftsunterkünfte (Brandenburgische Str., Rognitzstr., Soorstr., Rankestr.) und acht Notunterkünfte (Eschenalle, Fehrbelliner Platz, Hallemweg, ICC, Marburger Str.) darunter drei Turnhallen (Glockenturmstr., Prinzregentenstr., Forkenbeckstr.). Die Notunterkunft im Olympia-Park wird voraussichtlich im Mai geschlossen. Das Rathaus Wilmersdorf – dessen Aufgabe durch den Bezirk für viel

Unmut gesorgt hat – hat Schlagzeilen über Berlin hinaus gemacht. Ursprünglich war es als Standort für Landesbehörden vorgesehen, wurde aber im letzten Sommer praktisch über Nacht zur Notunterkunft und lange de facto von Ehrenamtlichen betrieben. Und zwar professionell, mit Leidenschaft und viel Empathie für die Geflüchteten. Unser Genosse Philipp Bertram war von Anfang an ganz vorne mit dabei und wurde dafür zum Berliner des Jahres.

Wesentliche Probleme sind ungelöst

Das ändert nichts daran: Die Wohnsituation der Geflüchteten ist prekär, und zwar überall in Berlin. In den Notunterkünften leben Menschen inzwischen Monate, obwohl das nur für wenige Wochen gedacht waren. Die unwürdigen Bedingungen zu verbessern, bemühen sich viele Helfer/innen und Betreiber. Aber sie stoßen an politisch gesetzte Grenzen. Die Herrichtung von öffentlichen Bauten für menschenwürdige Gemeinschaftsunterkünfte kommt ebenso wenig voran wie das behördliche Vorgehen gegen Ferienwohnungen und Wohnungsleerstand. Der cha-

otisch geplante Bau von modularen Unterkünften für Flüchtlinge – was für ein Wortungetüm, dessen Abkürzung ich mich weigere zu benutzen – startet nach jahrelanger Verspätung zäh. Der Schutz preiswerter Wohnungen wird gerade im Bezirk nicht konsequent betrieben. Nicht einmal Milieuschutz gibt es, gegen miettreibende Modernisierungsvorhaben wie aktuell in Schmargendorf und den Abriss von bezahlbaren Wohnungen zugunsten von teuren Eigentumsprojekten geht der Bezirk gar nicht oder halbherzig vor. Klar ist der Spielraum eng, aber der Bezirk muss Haltung zeigen und aktiv nach Lösungen suchen.

Bau von preiswerten Wohnungen notwendig

Warum eigentlich nicht mehr preiswerte Wohnungen bauen, und zwar für alle, auch für Geflüchtete? Aber auch hier hakt es, Fördervolumen und -kriterien bleiben weit hinter dem Bedarf zurück. Zwar haben die städtischen WohnungsBAUGesellschaften wieder angefangen zu bauen. Aber von den geplanten 6.000 Wohnungen im Jahr sollen nicht einmal 2.000 „bezahlbar“ sein, anfangs 6,50 € pro m² kalt und auch nur für einen begrenzten Zeitraum. Hier muss politisch korrigiert werden. Die LINKE fordert dauerhaft gebundene Sozialwohnungen mit einer Mietobergrenze von 5,50 € pro m², mehr im Wohnungsbestand, aber auch im Neubau. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen dafür regelmäßige Zuschüsse ins Eigenkapital erhalten, die Wohnungsbauförderung soll aufgestockt und umgebaut werden. So schaffen wir das!

KATRIN LOMPSCHER

MdA, Fraktion die Linke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Katrin kandidiert bei den Wahlen im September wieder für das Abgeordnetenhaus – im Wahlkreis 4 Charlottenburg-Wilmersdorf



Kandidaten*innen der Linken in Charlottenburg-Wilmersdorf für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung.

In der nächsten Ausgabe der Bezirksbühne stellen wir sie und unser Wahlprogramm für den Bezirk vor.

NACH „KÖLN“:

Sexismus, Rassismus, AfD

Nach den Vorfällen in Köln wurde kaum angeregt diskutiert, wie in Deutschland der Kampf gegen sexistische Gewalt an Frauen verstärkt werden kann. Vor allem wurden in den Medien Vermutungen über die Herkunft der Täter, über eine zu große Solidarität mit Migranten und Geflüchteten und wie deutsche Männer „ihre“ Frauen vor „den Flüchtlingen“ schützen können, angestellt.

Wenn der Blick auf Nordafrikaner gelenkt wird, was ja auch den Fakten entspricht, wird verschwiegen, dass viele von Ihnen *nicht* gerade eben geflüchtet sind, sondern schon länger in Deutschland waren. Dabei wird unterstellt, dass die Herkunft für die Art und Weise des Gewaltausbruches ursächlich ist. Genauso gut könnte aber auch die perspektivlose soziale Lage im reichen Deutschland eine Rolle spielen: Außerdem wird bei der Fokussierung auf die Herkunft dieser Täter verschlei-ert, dass 80% der sexuellen Übergriffe auf Frauen von bekannten Tätern im häuslichen Umfeld geschehen.

Eine instrumentalisierte Debatte

Während Frauen lange darauf warten können, dass der Staat den Schutz vor sexueller Gewalt verbessert, wurde das Asylrecht stets sehr schnell mehrmals bis zur Unkenntlichkeit verschärft. Viele Feministinnen haben sich nach Köln gegen die Instrumentalisierung zur Wehr gesetzt und das in den sozialen Medien gepostet. Auch im Aufruf zum internationalen Frauenkampftag wurde die sexuelle Gewalt in der Silvesternacht in Köln mit aufgenommen

und gleichzeitig dazu aufgerufen sich Sexismus und Rassismus entgegen zu stellen.

Mit dem Bezug auf den Islam, die andere Kultur, bzw. die Herkunft der Täter konnte die Debatte aber instrumentalisiert und Muslime und Flüchtlinge pauschal zu „schlimmeren“ Tätern stilisiert werden.

Für die Rechten war das ein glücklicher Anlass ihren Rassismus zu verbreiten. Im Gegenteil zu Alice Schwarzer – für die die AfD eine demokratische Partei ist und die die Angst vor dem Islam für berechtigt hält, halte ich eher die Angst vor der AfD für berechtigt. Denn deren Strömungen wollen ein patriarchales, christlich-konservatives Frauenbild in der AfD durchsetzen.

Im Landtagswahlprogramm von Baden-Württemberg sagt die AfD ganz offen, dass die Mutterrolle und die heterosexuelle Familie gestärkt werden müssen, denn für den Fortbestand des deutschen Volkes seien viele Kinder notwendig und für das Kindeswohl homosexuelle oder andere Lebensgemeinschaften abträglich.

Die Ideologie der AfD

Die AfD will ihre Ideologie verstärkt in den öffentlich-rechtlichen Medien dargestellt sehen. Universitätsfächer wie das Studium über die Geschlechterverhältnisse werden als Genderwahn und Ideologie abgetan. Mit Betreuungsgeld soll die Hausfrauen- und Mutterrolle attraktiver gemacht werden. Nach ihrer Meinung gibt es keine systemische Frauenunterdrückung mehr und sie lehnt deshalb Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte ab.

Die AfD kämpft außerdem aktiv gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Beatrix von Storch, Mitglied im EU Parlament und Berliner Landesvorsitzende, hat auf EU-Ebene vor zwei Jahren erfolgreich mit anderen konservativen Parteien eine Kampagne gegen das grundsätzliche Recht auf Schwangerschaftsabbruch in allen EU Staaten geführt.

Außerdem ist von Storch Hauptakteurin beim ‚Marsch für das Leben‘ der radikalen Abtreibungsgegner, die jährlich zu tausenden durch Berlin ziehen und die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen fordern. Für 2016 plant von Storch mit rechtskonservativen Parteien im EU Parlament ein EU-weites Volksbegehren gegen die Homo-Ehe. Bundesweit beteiligt sie sich am Kampf gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Lehrplan an Schulen.

Wer betroffen von der sexuellen Gewalt gegen Frauen in Köln und anderen Städten zu Silvester und bei anderen Großereignissen ist, hat viele Möglichkeiten gegen Frauenunterdrückung aktiv zu werden, ohne das Asylrecht, oder die Bewegung der Solidarität mit geflüchteten Menschen in Frage zu stellen.

Zum Beispiel am 17.09.2016 für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen auf die Straßen zu gehen.

KATJA KABA

die vollständige Fassung dieses gekürzten Beitrages sehen Sie auf www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Sexismus ist kein Importprodukt: Werbung in (deutschen) Zeitschriften

Fast so schön wie eine Frau. Tickt aber richtig.



IWC
SINCE 1868.
Und solange es noch Männer gibt.

HEISSE SACHE.
DIE NEUE FRÖLING HEIZKESSELGENERATION.



• Pellets • Scheitholz • Hackgut

komfortabel. effizient. günstig.

Wir sind der Spezialist für innovative Heizen mit Scheitholz, Hackgut und Pellets. Unsere Produkte bieten höchste österreichische Qualität in Sachen Verarbeitung, Verlässlichkeit und Funktionalität, und das bei einem unschlagbaren Preis-Leistungsverhältnis.

www.froeling.com

Innovative Heizsysteme von 8 bis 1.000 kW!

froeling

Wahlkampfveranstaltung

18.6.2016: Sommerfest

VOLKSPARK, BUNDESALLEE

Wiese an der Fußgängerbrücke, nachmittags

[HTTP://WWW.DIELINKE-CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF.DE](http://www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)

DIE LINKE.
Charlottenburg-Wilmersdorf

Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus – Keine Stimme für die AfD“

Rund 600 Aktive dieser bundesweiten Kampagne diskutierten am Wochenende in Frankfurt um den stärker werdenden Rassismus und den neuen faschistischen Tendenzen entgegenzutreten.

Unter dem Slogan: „Unsere Alternative heißt Solidarität“ tritt die Kampagne für eine offene Gesellschaft ein, in der AfD, Pegida u.Co. mit ihren nationalistischen und völkischen Ideen keine Chance haben.

Die Kampagne soll Menschen ermutigen und befähigen gegen diese Organisationen in Stadtteil, Schule, Betrieb und überall aufzustehen. Geplant ist die Ausbildung von 10.000 „StammkämpferInnen“, die die demagogischen Argumente vor allem der AfD entlarven können. Mit Flyern, Aufklebern, Buttons, Plakaten und anderem Material werden die Aktiven vor Ort

unterstützt. Am 3./4. September wird sich die Kampagne in Berlin massiv zu Wort melden – unmittelbar vor den Wahlen und mit Stoßrichtung gegen die Propaganda der AfD.

Auf den Podien diskutierten Vertreter zahlreicher politische Bewegungen und Institutionen wie Michael Erhardt (IG Metall), Samee Ullah (My right is your right), Said Barkan (Zentralrat der Muslime), Uwe Hixsch (Naturfreunde), Christine Buchholz, MdB und Mitinitiatorin des Bündnisses und andere. Es ging vor allem um die Frage wie man die AfD wirksam demaskieren und den Kampf gegen Rechts strukturieren kann.

Der Aufruf des Bündnisses wurde bisher von über 17.000 Menschen unterschrieben. Über diese WebSite könnt ihr unterschreiben und aktiv werden:

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE

K.K.

TERMINE

8. Mai, 18 Uhr

Zentrale Kundgebung zum 71. Jahrestag der Befreiung vom Fachismus
Sowjetisches Ehrenmal, Treptow

weitere Hinweise zu Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages der Befreiung:

<http://berlin.vvn-bda.de/aktuelles/>

10. Mai, 16 – 18 Uhr

Lesung gegen das Vergessen
Zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung
Bebelplatz, Mitte

11. Mai, 19 Uhr

Mitgliederversammlung DIE LINKE
Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Behaimstr. 17, Charlottenburg

20. Mai 2016, 19 Uhr

„Wer menschenfeindliche Globalisierung fördert, erntet Flüchtlinge“

Referent: Prof. Dr. Elmar Altvater
Wilma – Ökumenisches Zentrum
Wilmersdorfer Str. 163, Charlottenburg

28. Mai 2016, 19 Uhr

Wie kann der Hunger in der Welt besiegt werden?

Referentinnen: Erika Czwing und Marianna Schauzu
Marx-Engels-Zentrum, Spielhagenstraße 13, Charlottenburg

4. Juni 2016, 19 Uhr

Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge: Deutsche Waffenlieferungen ins Pulverfass naher und Mittlerer Osten

Referent: Jürgen Grässlin, Friedensaktivist, Bundessprecher DFG u.a.,
Wilma – Ökumenisches Zentrum
Wilmersdorfer Str. 163, Charlottenburg

10. Juni, 19 Uhr

Der rechte Rand. Pegida und AfD. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Referent: Prof. Dr. Hajo Funke
Wilma – Ökumenisches Zentrum
Wilmersdorfer Str. 163, Charlottenburg

Mittwoch, 18. Mai 2016, 18.30 Uhr

STADTgespräch:
Katrin Lompscher, MdB, im Gespräch mit Gästen

Stadtbüro Katrin Lompscher
DIE LINKE Behaimstraße 17,
Charlottenburg

Jeden Donnerstag 10 – 12 Uhr

Wir kümmern uns!
Frühstück und Hilfe Hartz IV/
Sozialberatung
und an jedem 1. und 3. Dienstag des Monats 17 – 19 Uhr

DIE LINKE Behaimstr.17,
Charlottenburg



IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.

Bezirksvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17, 10585 Berlin

V.i.S.d.P.: Eckhard Dietz

E-Mail: vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Redaktionsschluss: 24.04.2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.